

Botschafter Dr. Lucas: „Die Zukunft der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik“

**Rede Botschafter Dr. Lucas anlässlich der 11. Petersberger Gespräche zur Sicherheit: „Die Zukunft der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik“  
Einführungsvortrag zum sicherheitspolitischen Rahmen  
Steigenberger Grandhotel Petersberg, Königswinter, am 24. Oktober 2015**

Sehr geehrte Frau Merten, sehr geehrter Herr Hellmich, sehr geehrter Herr Hartmann, sehr geehrter Herr Wüstner, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Zunächst einmal vielen Dank für die Einladung, hier heute zu Ihnen im Rahmen der 11. Petersberger Gespräche aus der Sicht des AA über die aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen sprechen zu dürfen. Es tut immer wieder einmal gut, das Brüsseler Biotop zu verlassen. Besonders dann, wenn es auf den Petersberg geht: einem wahrlich geschichtsträchtigen Ort für deutsche Politik, vor allem aber für deutsche Außenpolitik.

Die zahlreichen internationalen Konferenzen, die hier allein in den vergangenen Jahren stattgefunden haben, - zu globalen Klimafragen oder zu sicherheitspolitischen Themen wie Afghanistan -, diese Konferenzen stehen exemplarisch für die Bemühungen von Diplomatie, sich in Verhandlung und im Dialog auf die Suche nach tragfähigen Kompromissen und gemeinsamen Lösungen zu begeben.

Angesichts der dramatischen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen, vor denen wir stehen, erscheint dies dringlicher denn je.

Ich kann mich in meinem langen Berufsleben an keine Zeit erinnern, in der so viele, so unterschiedliche, so komplexe Krisen und Herausforderungen zeitgleich zusammentrafen wie heute. Angesichts des Krisenbogens, der sich vom nördlichen Afrika, über den wiederaufflammenden Nahost-Konflikt, Syrien, Irak bis zum Ukraine-Russland-Konflikt zieht, ist es nicht übertrieben, von einem „ring of fire“ zu sprechen, der sich im Süden und Osten um Europa legt. Die Flüchtlingskrise ist der sichtbarste Ausdruck und auch Folge dieser Entwicklung. Hinzu kommen Konflikte in der weiteren Nachbarschaft, in der Sahel-Zone - Stichwort: Mali - , am Horn von Afrika und im Jemen. Dazu gehört auch Afghanistan mit seinen immer noch ungelösten Problemen - nicht zu sprechen von globalen transnationalen Bedrohungen für unsere Sicherheit: Klimawandel, Cybersicherheit, hybride Kriegsführung, internationaler Terrorismus.

Es handelt sich hierbei keinesfalls um eine Momentaufnahme vorübergehender Krisenphänomene. Hier entladen sich Kräfte und Spannungen einer Welt, in der Ordnungsstrukturen an Prägekraft verlieren. Einer Welt, die zwar im Zeichen der Globalisierung immer enger zusammenwächst, deren Gegensätze aber zugleich immer heftiger aufeinanderprallen. Einer Welt, die sich auch 25 Jahre nach Ende des Kalten Krieges noch immer auf der Suche nach einer neuen Ordnungsstruktur befindet.

Deutschland ist von diesen Entwicklungen unmittelbar betroffen. Mehr noch: die Flüchtlingskrise zeigt, dass diese Konflikte in dramatischer Weise in unsere Gesellschaft hineinwirken. Die Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Sicherheit verschwimmt zusehends. In einer globalisierten Welt gibt es keine entfernten Orte mehr.

Wir Deutsche spüren dies vielleicht mehr noch als andere Nationen. Unser Land ist so vernetzt in und mit der Welt wie kaum ein zweites Land. Wir sind existenziell auf eine stabile, regelbasierte, verlässliche internationale Ordnung angewiesen. Unser Wohlstand und unsere Sicherheit hängen entscheidend von einer stabilen Nachbarschaft ab, im Osten wie im Süden.

Außen- und sicherheitspolitische Verantwortung wahr zu nehmen, ist angesichts dessen für unser Land keine Frage der Wahl. Es ist eine schlichte Notwendigkeit, um die internationale Ordnung zu schützen und zu stützen, um mit unseren Partnern Krisen zu verhüten und sie, wenn dies nicht möglich ist, zu bewältigen. Wenn der Satz stimmt, wonach die Krise zum Normalfall geworden ist, dann wird Krisenprävention und Krisenmanagement, v.a. in unserer Nachbarschaft, auf lange Sicht einen Schwerpunkt unserer Außen- und Sicherheitspolitik bilden. Dabei sollten wir auch in Zukunft jene Grundsätze beherzigen, denen wir auch bislang gefolgt sind, und die zu unserem Bild als ehrlichem Akteur ohne versteckte Agenda beigetragen haben: Schwerpunktsetzung auf Dialog auf Augenhöhe, auf Kooperation und Kompromissfindung, Vorrang von zivilen Maßnahmen zur Konfliktlösung.

Dieser Ansatz hat sich nicht zuletzt auch im Ukraine-Russland-Konflikt bewährt. Hier hat die deutsche Diplomatie entscheidende Beiträge zum Krisenmanagement geleistet. Gemeinsam mit Frankreich haben wir durch die Vereinbarung von Minsk vom Februar unter schwierigsten Bedingungen einen diplomatisch-politischen Rahmen gezimmert, der bis heute die Basis für die Lösung dieses gefährlichen Konfliktes bietet.

Ich gehörte in jener langen Nacht von Minsk zur deutschen Verhandlungsdelegation. Uns allen, die wir in Minsk waren, war damals klar: die Minsker Vereinbarung ist keineswegs perfekt. Dennoch: ich glaube, es ist uns damals durch engagierte Diplomatie gelungen, eine militärische Eskalation bis hin zu einem veritablen Krieg zu verhindern.

Mehr noch: die Zeichen der Stabilisierung mehren sich, auch wenn der Prozess störanfällig bleibt. Es ist ermutigend, dass der Waffenstillstand seit Anfang September hält und Waffen von der Kontaktlinie abgezogen werden. Jetzt gilt es, möglichst schnell den Abzug leichter Waffen zu abzuschließen, einen Verifikationsmechanismus auch für den Abzug der schweren Waffen zu vereinbaren und die schwierigen politischen Fragen in Angriff zu nehmen. Der Verzicht der Separatisten auf die Abhaltung unabhägter Kommunalwahlen in Donbas ist ein erstes, aber nicht ausreichendes positives Signal. Wir brauchen jetzt eine Vereinbarung über die Modalitäten für Lokalwahlen in der Ostukraine auf der Grundlage ukrainischen Rechts und unter Einhaltung der einschlägigen OSZE-Standards. Fortschritte sind auch in den Bereichen Humanitäres und Wirtschaft nötig, aber auch möglich. Von einer dauerhaften Lösung für die Ost-Ukraine sind wir aber, fürchte ich, noch ein gutes Stück weit entfernt. Aber gerade weil so viel auf dem Spiel steht, werden wir auch in Zukunft mit aller Kraft an der vollständigen Umsetzung der Minsker Vereinbarungen arbeiten. Auch bei der Unterstützung dringend notwendiger Reformen kann die Ukraine auf uns zählen.

In der Ukraine-Krise wurde und wird deutlich, dass die europäische Sicherheitsordnung durch das Verhalten Russlands in existenzieller Weise gefährdet

ist. Das ist der größere Kontext, in dem unser Land ab 01.01.2016 den Vorsitz in der OSZE übernimmt. Die Entscheidung zur Übernahme dieser Verantwortung war nicht selbstverständlich. Die OSZE ist eine komplexe Organisation – und nie zuvor seit Ende des kalten Krieges gingen die Meinungen über die Grundlagen europäischer Sicherheit so weit auseinander. Gleichwohl oder gerade deswegen haben wir uns für diesen Vorsitz entschieden – aus Verantwortung für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in schwieriger Zeit.

Bestimmend bleibt für uns die Vision der Charta von Paris, die Vision einer gerechten Friedensordnung für ganz Europa, die auf Zusammenarbeit, Vertrauen und gleiche Sicherheit, auf der Achtung von Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechten beruht. Es ist dies der Gegenentwurf zu einem Europa der Einflusszonen und der Rivalitätspolitik. Die Wirklichkeit sieht heute, 25 Jahre nach Unterzeichnung der Charta, leider anders aus. Russland hat mit seinem Verhalten die Prinzipien europäischer Sicherheit in Frage gestellt, v.a. die territoriale Integrität und die Unverletzlichkeit der Grenzen. Und es hat Vertrauen auf lange Sicht hin zerstört. Lange wird es dauern, dieses Vertrauen wieder herzustellen.

Dennoch bleibt die Einsicht richtig, dass dauerhafte Sicherheit und Stabilität in Europa nicht ohne oder gegen Russland zu haben sind. Deshalb ist die OSZE als einzige euro-atlantische Organisation, in der Russland gleichberechtigt am Tisch sitzt, so bedeutsam. Wir sollten sie nutzen und verhindern, dass neue und tiefe Gräben in Europa entstehen. Ob das gelingt, wird wesentlich vom weiten Verlauf der Ukraine-Krise abhängen. Wir müssen sicherstellen, dass die OSZE hier weiter eine stabilisierende Wirkung entfalten kann. Die OSZE zu stärken, heißt auch sie als Plattform für Dialog über unterschiedliche Wahrnehmungen und widerstreitende Interessen zu nutzen. Das verlangt den regelmäßigen Austausch von militärischen und politischen Fachleuten, aber auch zwischen den Zivilgesellschaften. Dazu gehört der Versuch, konventionelle Rüstungskontrolle und militärische Vertrauensbildung durch mehr Transparenz wieder zu beleben, so schwierig dies sein mag. Wir sollten ferner versuchen, gemeinsame Interessen in grenzüberschreitenden Bereichen wie Umwelt und Wirtschaft nutzbar zu machen. „Konnektivität“ im großen OSZE-Raum ist eines der zukunftsweisenden Stichworte. Dabei geht es darum, die Länder im Raum vom Atlantik bis zum Pazifik durch praktische Zusammenarbeit stärker miteinander zu vernetzen und so Stabilität zu fördern. Die Perspektive einer gesamteuropäischen Infrastruktur, Ausbau der Transportwege, bessere Grenz- und Zollverfahren – all dies sind Bereiche, die für Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze im Raum vom Atlantik bis zum Pazifik entscheidend sind. Aber eben auch für ein besseres Verständnis gemeinsamer Interessen und gemeinsamer Sicherheit. Hier liegt ein weites, nicht einfaches Feld für den deutschen OSZE-Vorsitz. Dies gilt auch für den wichtigen Bereich der sogenannten menschlichen Dimension der OSZE mit den Kernthemen Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Meine Damen und Herren,

Manchmal muss man das tun: eine Aufgabe übernehmen entgegen aller verbreiteten Skepsis gegenüber internationalen Verhandlungsprozessen. Selten genug gelingt es aber eben doch, den Gegenbeweis anzutreten. Dass Beharrlichkeit in der Diplomatie nicht nur ein Feigenblatt für Ohnmacht ist, haben zuletzt die Verhandlungen über ein tragfähiges Übereinkommen über das iranische Nuklearprogramm gezeigt.

Nach 12-jährigen Verhandlungen ist es gelungen, eine politische Lösung für einen Konflikt zu finden, der die Welt mehrfach hart an den Rand einer militärischen Auseinandersetzung gebracht hat. Entgegen mancher Skepsis wird die Vereinbarung ein Mehr an Sicherheit für die Region bringen. Sie schließt einen Griff Teherans nach der Atombombe langfristig und nachprüfbar aus. Und nicht nur das. Die Einigung hat auch bewiesen, dass selbst in tief sitzenden, komplexen Konflikten, die von Misstrauen und Feindschaft überlagert werden, eine Lösung möglich ist. Für mich als deutschen Verhandlungsführer auf Beamtenebene ist die Lehre aus diesen vieljährigen Verhandlungen klar: gute Diplomatie ist weit mehr als nur Worte; man kann durch kluges, geduldiges Verhandeln schließlich auch scheinbar unlösbare Fragen lösen, wenn es einen entsprechenden politischen Willen gibt und die Rahmenbedingungen stimmen.

Natürlich hat das Nuklearabkommen die Politik des Iran nicht über Nacht geändert. Wir machen uns keine Illusionen über die Rolle des Iran in Syrien, bei der Unterstützung der Hisbollah im Libanon oder konfessioneller Milizen im Irak – und wir nehmen die Sorgen Israels und die Sorgen der Golfstaaten sehr ernst. Diese Probleme sind durch ein Atom-Abkommen nicht über Nacht zu lösen. Aber es kann vielleicht der Diplomatie Wege öffnen, die über Jahre nicht gangbar waren.

Meine Damen und Herren,

In Syrien, nach 5 Jahren Bürgerkrieg, mehr als 250.000 Toten, mehr als 12 Millionen Vertriebenen, stehen wir in der Pflicht diesen blutigen Konflikt wenigstens zu entschärfen und die humanitäre Lage erträglicher zu machen. Wir setzen uns für eine politische Lösung des Konflikts ein. Das schulden wir den leidenden Menschen in Syrien, - und nur durch einen politischen Prozess werden wir letztlich auch die Ursachen der Fluchtbewegungen in den Griff bekommen können. Die Suche nach einer Lösung ist mit dem militärischen Eingreifen Russlands allerdings nicht einfacher geworden. Im Gegenteil: es steht zu befürchten, dass die Fluchtbewegungen als Folge der russischen Militäraktionen noch zunehmen. Und angesichts der Unterstützung durch Russland dürfte sich das Interesse Assads an einem politischen Prozess, an Gesprächen mit der moderaten Opposition kaum erhöhen.

Klar ist: Russland ist Teil der Probleme, - es ist aber auch Teil der Lösung in Syrien. Deshalb brauchen wir Moskaus Engagement an einem Verhandlungstisch, an dem alle wesentlichen Spieler sitzen, die USA, Russland, Europa, vor allem die regionalen Akteure: die Nachbarstaaten Syriens in der Region, namentlich die Türkei, Saudi-Arabien und den Iran.

Einen solchen Prozess gemeinsam mit unseren Partnern wie den USA zu fördern, ist ein Hauptanliegen der deutschen Außenpolitik. Dialogfäden zu knüpfen, war das Ziel der Reise von Außenminister Steinmeier am vergangenen Wochenende in den Iran und nach Saudi-Arabien; zeitgleich war die Bundeskanzlerin in der Türkei, einem Schwellenland für die Bewältigung der Syrien- und der Flüchtlingskrise. Es ging und geht darum, gemeinsame Interessen als Ausgangspunkt für einen politischen Prozess zu identifizieren, wie etwa das gemeinsame Interesse dieser Staaten und Europas, die territoriale Integrität Syriens zu erhalten oder die Bekämpfung des IS. Und konkret müssen wir – auch um weiterer Massenflucht entgegenzuwirken - weiter daran arbeiten, dass zumindest der Einsatz von Fassbomben gestoppt und sichere Zugänge zur humanitären Versorgung der Bevölkerung gewährleistet werden. Das

Botschafter Dr. Lucas: „Die Zukunft der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik“

möglich zu machen, ist auch die besondere Verantwortung Moskaus und Teherans mit ihren Zugängen zur syrischen Führung.

Der Weg zu einer Lösung der Syrien-Krise ist weit und beschwerlich. Das hat auch das Wiener AM-Treffen leider deutlich gemacht. Hier zeigt sich erneut, was Willy Brandt einmal ohne jedes Pathos als eine Kern-Aufgabe von Außenpolitik beschrieben hat: „das illusionsfreie Bemühen, zur Lösung von Konflikten beizutragen“.

Meine Damen und Herren,

Die genannten Beispiele zeigen: angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen, kann Deutschland eine gestaltende Rolle nur gemeinsam mit seinen Partnern und im Rahmen der EU, der NATO, den Vereinen Nationen und der OSZE - übernehmen, um Krisen in unserer Nachbarschaft zu bewältigen und globale Ordnung zu festigen.

Unser zentraler Bezugspunkt ist dabei Europa – nur „in und durch Europa“ können wir etwas erreichen: Es kann keine wirksame deutsche Außenpolitik ohne wirksame europäische Außenpolitik geben. In der Ukraine-Krise hat die EU zu Einheit gefunden. Dennoch: Europa braucht eine klarere Vision seiner außen- und sicherheitspolitischen Ziele und der Instrumente, um diese Ziele zu erreichen. Das gilt umso mehr in einer Zeit, in der angesichts Euro- und Flüchtlingskrise die zentrifugalen und europakritischen Kräfte in der EU immer stärker werden.

Im kommenden Jahr wird die Hohe Beauftragte der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Mogherini, eine neue globale Sicherheitsstrategie für die EU vorlegen. Wir unterstützen dieses wichtige Vorhaben nachdrücklich; eine solche Strategie muss einen konzeptionellen Rahmen für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU entwickeln und sie muss die Prioritäten und Ziele für die EU klar und realistisch benennen. Zugleich müssen wir die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU weiter konkret stärken, damit die EU ihrer wachsenden Verantwortung für Sicherheit und Stabilität v.a. in ihrer Nachbarschaft gerecht werden kann – zumal in einer Phase, in der die Bereitschaft der USA zu großangelegten Krisenmanagement-Operationen an der europäischen Peripherie nachlassen dürfte. GSVP stärken heißt deshalb zunächst, die notwendigen Kräfte für zivile und militärische Krisenmanagement-Missionen der EU bereit zu stellen. Deutschland leistet zu fast all diesen Missionen substanzielle Beiträge – auch in Afrika, etwa in Mali, das bis vor kurzem in dieser Hinsicht für uns terra incognita war. Beteiligt ist Deutschland auch an der maritimen Operation der EU zur Bekämpfung der Schleuser im Mittelmeer. GSVP stärken heißt schließlich auch, unsere Partner – etwa die Afrikanische Union - zu einer besseren und eigenständigen Krisenprävention und -bewältigung zu befähigen. Schließlich: die Flüchtlingskrise zeigt, dass wir auch beim Schutz der Außengrenzen der EU bereit sein müssen, neue Wege zu gehen.

Meine Damen und Herren,

Viele von Ihnen kennen sicherlich die Zentrale des Auswärtigen Amtes am Werderschen Markt in Berlin – und vielleicht auch den Seiltänzer, der dort als Skulptur und Kunst-am-Bau zwischen zwei Gebäudeteilen balanciert. Er versinnbildlicht den Balance-Akt, den auch Außen- und Sicherheitspolitik immer wieder zu vollziehen hat: die ständige Suche nach Gleichgewicht zwischen kurz- und

Botschafter Dr. Lucas: „Die Zukunft der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik“

langfristigen Zielen, zwischen konkurrierenden Interessen, manchmal auch zwischen innen- und außenpolitischen Perspektiven.

Wie sehr es darauf ankommt, habe ich während der schwierigen Verhandlungen über das iranische Nuklearprogramm und während der Ukraine-Krise erlebt. Auch auf meinem neuen Posten als Botschafter bei der NATO wird es auf diese Balance ankommen. Die Allianz steht vor enormen Herausforderungen. Bei ihrem nächsten Gipfeltreffen in Warschau im Juli nächsten Jahres wird sie, 2 Jahre nach dem Gipfel in Wales, schwierige Fragen beantworten müssen: reichen ihre Fähigkeiten zur Abschreckung aus; wie steht es mit ihrem Verhältnis zu Russland; welchen Beitrag kann sie leisten, um die Herausforderungen an der südlichen Peripherie zu bewältigen?

Die Diskussion in der Allianz um die Antworten auf diese Fragen wird nicht einfach sein. Umso wichtiger wird es sein, die Geschlossenheit der Allianz als wichtigste Voraussetzung und Stärke zu bewahren. Angesichts der Infragestellung der europäischen Sicherheitsordnung durch Russland sind die Besorgnisse gerade unserer östlichen Partner verständlicherweise besonders groß. Und unsere südlichen Partner fordern, dass die Allianz auch die Bedrohungen aus dem Süden in den Blick nimmt.

Wir müssen diese Sorgen ernst nehmen – und tun dies auch. Wie sich die Bundesrepublik Deutschland im Kalten Krieg des Beistands ihrer Alliierten sicher sein konnte, so sagen wir heute unseren östlichen und südlichen Alliierten: Eure Sorgen sind auch unsere Sorgen, Eure Sicherheit ist auch unsere Sicherheit. Auf diesem Fundament gegenseitiger Solidarität, „28 für 28“, mit einer 360°-Grad-Perspektive, ruht das Nordatlantische Bündnis und auch die deutsche Sicherheitspolitik. Wir sind nicht nur ein Partner mit gleichen Rechten, sondern auch mit gleichen Pflichten!

Dass wir es mit diesem Bekenntnis ernst meinen, zeigen wir auf vielfältige Weise: durch unsere gemeinsam mit den Niederlanden und Norwegen übernommene „Pionierrolle“ bei der Aufstellung der neuen Schnellen Eingreiftruppe im Rahmen des auf dem Gipfel in Wales beschlossenen „Readiness Action Plans“, durch unsere rotierenden Beiträge und Präsenzen zu Wasser, zu Land und zu Luft im östlichen Bündnisgebiet, oder auch durch die Aufwertung des Multinationalen Korps-Hauptquartiers Nordost in Stettin zur Drehscheibe für alle Artikel 5-bezogenen Aktivitäten des Bündnisses im Baltikum und in Polen – um nur ein paar Beispiele zu nennen. Diese deutschen Beiträge werden von unseren Bündnispartnern hoch geschätzt.

Sie zeigen: Die Kollektive Verteidigung rückt wieder in den Fokus der Allianz, und zwar nicht nur im östlichen Bündnisgebiet, sondern auch mit Blick auf den südlichen Krisenbogen. Wir haben allerdings auch deutlich gemacht, dass wir ungeachtet der neuen Schwerpunktsetzung auf kollektive Verteidigung unsere Verantwortung auch in Afghanistan weiter wahrnehmen werden. Weder Afghanistan noch der Region noch der Glaubwürdigkeit des Bündnisses wäre gedient, wenn wir hier „unfinished“ business zurücklassen und dieses Land vorzeitig sich selbst überlassen würden.

Meine Damen und Herren,  
Kollektive Verteidigung und internationales Krisenmanagement allein können nicht die erschöpfende Antwort des Bündnisses auf die Bedrohungen unserer Sicherheit

Botschafter Dr. Lucas: „Die Zukunft der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik“

sein. Deshalb ist und bleibt die Kooperative Sicherheit eine dritte Kernaufgabe der NATO! Das gilt auch mit Blick auf Russland – auch wenn kurzfristige Erfolge hier nicht wahrscheinlich sind.

Denn: so sehr wir uns eine Rückkehr zu einem partnerschaftlichen Verhältnis mit Russland wünschen – wie wir es in der NATO-Russland Grundakte von 1997 angelegt haben –, so realistisch sollten wir sein: Die Wiederherstellung partnerschaftlicher Beziehungen wird nach Lage der Dinge kein Hundertmeter-Sprint, sondern eher ein Marathon – umso klüger müssen wir daher für diese Strecke planen. Dazu gehört nach unserer Einschätzung auch, den NATO-Russland-Rat auf Botschafterebene für den Dialog mit Russland zu nutzen.

Kooperative Sicherheit heißt schließlich auch, dass sich das Bündnis zu konventioneller Abrüstung und Rüstungskontrolle, sowie zum langfristigen Ziel einer nuklearfreien Welt und zu nuklearer Abrüstung bekennt – auch wenn hier kurzfristige Erfolge nicht möglich sein werden.

Im Kern wird es also in den kommenden Jahren darauf ankommen, ausreichende Verteidigungsfähigkeit einerseits mit Dialog und Engagement mit Russland andererseits zu verbinden. Sicherheit ist eben die Summe aus beidem: Verteidigungsfähigkeit und politischem Dialog.

Meine Damen und Herren,

Unverkennbar ist unser Land in nur wenigen Jahren in eine wesentlich aktivere, mitgestaltende außen- und sicherheitspolitische Rolle hineingewachsen. Wer eine solche Rolle übernimmt, muss dies auch kommunizieren.

Deshalb müssen wir gegenüber unseren Partnern für unsere auf Dialog und Verhandlungen ausgerichteten Ansatz werben. Und wir dürfen auch weiterhin nicht der Versuchung erliegen, nur weil Washington, Moskau und Peking sich direkt an Berlin wenden, uns zu überschätzen, in Alleingänge zu verfallen und unseren europäischen Reflex zu vernachlässigen. Das wäre vermessen und auch wenig erfolgversprechend.

In Deutschland müssen wir zeigen, dass wir diesen Balance-Akt bewältigen, dass Diplomatie sich lohnt – wie etwa im Fall Iran –, ohne dabei unsere Möglichkeiten zu überschätzen und ohne falsche Erwartungen zu schüren. Wir müssen auch erklären, dass Außen- und Sicherheitspolitik sich nicht in einem Schwarz-Weiß-Schema bewegt, dass es einfache Antworten nicht gibt – oft stehen wir nicht vor einer richtigen und einer falschen Entscheidung, sondern müssen uns zwischen einer schlechten und einer weniger schlechten Alternative entscheiden.

Wir müssen versuchen, diese schwierigen Entscheidungen, wie zum Beispiel im vergangenen Jahr die Frage der Waffenlieferungen und die Ausbildungshilfe für die Kurden im Nordirak im Rahmen der internationalen Koalition gegen den Islamischen Staat, so transparent und offen wie möglich, zu kommunizieren. Und wir müssen zeigen, dass wir uns diese komplexen Abwägungsprozesse nicht einfach machen.

Ich habe nur über einen Ausschnitt der gegenwärtigen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderung gesprochen. Die Liste an Problemen ist – leider – noch länger. Außen- und Sicherheitspolitik hat also Konjunktur. Das heißt:

Botschafter Dr. Lucas: „Die Zukunft der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik“

wir müssen bereit sein, hierfür die nötigen Ressourcen, materiell wie finanziell bereit zu stellen und mehr in Außen- und Sicherheitspolitik investieren. Lösungen wird es nur multilateral, europäisch oder gar nicht geben. Schließlich: bei all dem, was wir außen- und sicherheitspolitisch tun, gilt es immer wieder die Prinzipien im Blick zu haben, denen wir uns im GG, in der EU, OSZE und der UNO verpflichtet wissen: Menschenrechte, Rechtsstaat, Demokratie. Das deutlich zu machen, ist gerade angesichts jener Kräfte, die diese Prinzipien in unterschiedlicher Weise in Frage stellen, erforderlich.

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Petersberger Gespräche,

Außenminister Steinmeier hat im vergangenen Jahr mit Review 2014 – Außenpolitik weiterdenken - einen Prozess gestartet, mit dem Ziel außenpolitische Themen in Deutschland stärker zu diskutieren und das Bewusstsein für unsere globale Vernetzung und Rolle zu schärfen. Wir haben on- und offline, in vielen Veranstaltungen mit Experten, Journalisten, Vertretern der organisierten Zivilgesellschaft, mit Bürgerinnen und Bürgern spannende und zum Teil auch sehr kontroverse Debatten geführt über die Schwerpunkte, Perspektiven und Instrumente der deutschen Außenpolitik. Solch ein Prozess war dringend notwendig, gerade vor dem Hintergrund der krisenhaften Entwicklungen in unserer direkten Nachbarschaft. Das Auswärtige Amt wird diesen Prozess deshalb fortsetzen.

Und ich begrüße es sehr, dass der aktuelle Weißbuchprozess ebenfalls öffentliche Konsultationen beinhaltet; auch zur Europäischen Sicherheitsstrategie hat die Hohe Vertreterin Bürgerdialoge angekündigt. Diese Prozesse sind wichtig zur außen- und sicherheitspolitischen Selbstvergewisserung Deutschlands und Europas.

Lassen Sie mich daher zum Abschluss betonen: Veranstaltungen wie die Petersberger Gespräche tragen entscheidend dazu bei, diese enorm wichtige Debatte fortzuführen – und in die Zivilgesellschaft hineinzutragen. Heute ist so deutlich spürbar wie lange nicht mehr: Außen- und Sicherheitspolitik betrifft alle und geht alle an. Deshalb ist ein möglichst breiter gesellschaftlicher Austausch über Schlüsselfragen unserer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine Grundvoraussetzung dafür, dass unser Land auch in Zukunft gestaltungs- und handlungsfähig bleibt, um Verantwortung für Frieden und Sicherheit zu übernehmen. In diesem Sinne wünsche ich dieser Runde der Petersberger Gespräche spannende und fruchtbare Debatten.

Vielen Dank!